

Name und Anschrift des Bewerbers:

(Ort)

(Datum)

Stadt Porta Westfalica

über die Vergabeplattform

Teilnahmeantrag

GS Barkhausen, 3. BA – Vergabe Projektsteuerung

1

Wir¹ beantragen hiermit die Teilnahme an dem Vergabeverfahren zur Beauftragung der o.g. Projektsteuerungsleistungen.

2

Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung zum Ausschluss vom Vergabewettbewerb führen kann.

3

Anlagen zu diesem Teilnahmeantrag²:

- ☐ Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil
- ☐ Vordruck 2: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit
- ☐ Vordruck 3: Eigenerklärung zu EU-Russlandsanktionen
- ☐ Vordruck 4: Erklärung zum Umsatz
- ☐ Erklärung zur Anzahl der Beschäftigten – im Vordruck 1 enthalten
- ☐ Vordruck 5: Referenzen
- ☐ Vordruck 6: Nachunternehmen / Sonstige Dritte

¹ Die „Wir-Form“ gilt sowohl für einzelne Bewerber als auch für Bewerbergemeinschaften.

² Bitte kreuzen Sie die entsprechenden Positionen an.

- ☐ Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit den in der Bekanntmachung genannten Deckungssummen (aktuell gültige Fremdbescheinigung des Versicherungsgebers) oder Eigenerklärung, im Auftragsfall eine entsprechende Versicherung abzuschließen.
- ☐ Vordruck 7 (soweit erforderlich): Bewerbergemeinschaftserklärung
- ☐ Vordruck 8: Verfügbarkeitserklärung des Nachunternehmens / sonstigen Dritten (oder gleichwertige Erklärung) (soweit erforderlich)
- ☐ _____
- ☐ _____

Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Bestandteile des Teilnahmeantrags. Dies umfasst auch alle vorstehend aufgeführten Anlagen.

_____ (Ort)	_____ (Datum)	_____ (Name/n in Druckbuchstaben / Stempel und Unterschrift des Bewerbers/ im Falle einer Bewerbergemeinschaft des bevollmächtigten Mitglieds)
----------------	------------------	--

Hinweis: Mit der elektronischen Abgabe des Angebotes über die Vergabepattform gilt dieses als unterschrieben.

Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil

- ☐ Einzelbewerber
- ☐ Bevollmächtigte Vertreter einer Bewerbungsgemeinschaft
- ☐ Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft
- ☐ Nachunternehmer des Bewerbers / der Bewerbungsgemeinschaft
- ☐ Sonstiges eignungsverschaffendes Unternehmen

Firmenname und Adresse:	
Ansprechperson für das Vergabeverfahren:	
Kontaktdaten (Telefon/Fax/EMail*): *Kommunikation erfolgt grds. über die Vergabeplattform	
Internetadresse:	
Hauptsitz des Unternehmens:	
Zuständige Niederlassung im Auftragsfall:	

Angabe zur durchschnittlichen Anzahl der festen Beschäftigten (inkl. Geschäftsführung/Büroinhaber):

	2023	2024	2025	aktuell
Architekten / Bauingenieure (mit einem akademischen Abschluss in den Fachrichtungen Architektur/Bauingenieurwesen (Dipl.-Ing. / M.A. / M.Sc. / B.A. / B.Sc. / o. vgl.))				
sonstige Mitarbeiter				

Mindestanforderung: Der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft zusammen muss im Durchschnitt der vergangenen 3 Kalenderjahre (2023 - 2025) sowie aktuell über mindestens 4 Mitarbeiter in Festanstellung (inkl. Geschäftsführer / Partner), welche über einen akademischen Abschluss in den Fachrichtungen Architektur/Bauingenieurwesen (Dipl.-Ing. / M.A. / M.Sc. / B.A. / B.Sc. / o. vgl.) verfügen, verfügen haben bzw. verfügen. Die Nachweise sind dem Teilnahmeantrag nicht beizufügen. Der AG behält sich jedoch vor, die Nachweise der akademischen Abschlüsse nachzufordern.

Ausfüllhinweise

Der Vordruck ist von allen an der Bewerbung beteiligten Unternehmen (siehe Kopf des Vordrucks) mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 2: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Hiermit erklären wir, dass

(bitte durch Ankreuzen bestätigen oder – soweit dies nicht möglich ist – in einer Anlage erläutern, warum gleichwohl, etwa aufgrund einer sog. Selbstreinigung i.S.d. § 125 GWB die erforderliche Eignung zur Durchführung des Auftrags gegeben ist)

- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen keine zwingenden Ausschlussgründe i.S.d. § 123 Abs. 1 und Abs. 4 GWB vorliegen,
- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen keine fakultativen Ausschlussgründe i.S.d. § 124 GWB vorliegen.

Der Auftraggeber wird ermächtigt, jederzeit die getätigten Angaben zu überprüfen und entsprechende Auskünfte einzuholen oder Bestätigungen zu verlangen.

Ort, Datum

Unterschrift

Ausfüllhinweise

Bei Angebotsabgabe durch eine Bietergemeinschaft ist diese Erklärung von allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft abzugeben. Die Erklärung ist außerdem von allen vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben.

Im Hinblick auf die vorstehend geforderten Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB wird auf folgenden Text der §§ 123, 124 GWB verwiesen:

§ 123 GWB Zwingende Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).
- (2) Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
- (4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn
1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.
- (5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

§ 124 Fakultative Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn
1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
 7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
 9. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.

Vordruck 3: Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5kⁱ Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2023/2878 des Rates vom 18. Dezember 2023

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu den genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
 - c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.
2. Ich/wir erkläre(n), dass die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
3. Ich/Wir bestätigen und stellen sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine Personen oder Unternehmen im vorgenannten Sinne als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über die Vergabepattform zusammen mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot gilt diese vom Bewerber bzw. Bieter als unterschrieben.

Dies gilt auch für Bewerber-/Bietergemeinschaften durch Angabe der jeweiligen Mitglieder der Gemeinschaft in Form von Name, Vorname oder Unternehmensbezeichnung.

Name, Vorname oder Unternehmensbezeichnung

Sofern in Ausnahmefällen die Abgabe auf dem Postweg zugelassen wird, ist die Eigenerklärung hier zu unterschreiben.

Ort, Datum

Unterschrift

ⁱ Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2023/2878 des Rates vom 18. Dezember 2023 lautet wie folgt:

- (1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
 - a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.
- (2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
 - a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen wie des Vorhabens Paks II und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
 - b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
 - c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
 - d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen, oder
 - e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.
- (3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- (4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Vordruck 4: Erklärung zum Umsatz

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Umsatz:

Umsatz mit Projektsteuerungsleistungen (in Euro, netto):	202_	
	202_	
	202_	

Mindestanforderung: Der Netto-Umsatz mit Projektsteuerungsleistungen des Bewerbers/ sämtlicher Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft in der Summe muss im Zeitraum der letzten drei Geschäftsjahren jeweils mindestens 700.000 Euro, netto pro Jahr betragen haben

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbungsgemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 5: Referenzen

Der Bieter/ die Mitglieder einer Bietergemeinschaft in der Summe muss / müssen **mindestens zwei Referenzaufträge** über vergleichbare Projektsteuerungsleistungen nachweisen.

Als vergleichbare Projektsteuerungsleistungen werden Projekte angesehen, bei denen **mind. Leistungsstufen 2 - 5 in mind. 3 der 5 Handlungsbereiche A – D gem. Leistungsbild AHO Heft 9 beauftragt und die Leistungsstufe 5 innerhalb der letzten 3 Jahre (Stichtag: Teilnahmefrist) abgeschlossen worden ist.**

Des Weiteren müssen die Referenzen **jeweils sämtliche folgende Anforderungen erfüllen:**

- Sanierung (Modernisierung/Instandsetzung/Instandhaltung)/ Erweiterung/ Neubau eines Hochbaus mit mind. Honorarzone III i.S.d. § 34 HOAI für Gebäudeplanung,
- Baukosten KG 200-700 nach DIN 276 von mehr als 5 Mio. EUR netto,
- Referenzgeber ist öffentlicher Auftraggeber i.S.d. § 98 GWB

Referenznummer: _____

Projektbezeichnung, Ort:	
Auftragnehmer (bei Bietergemeinschaften das / die Unternehmen, das / die die Leistung erbracht hat / haben):	
Auftraggeber, Anschrift sowie Telefonnummer	☐ Öffentlicher Auftraggeber i.S.d. § 98 GWB
Leistungszeitraum (Monat/Jahr – Monat/Jahr bzw. laufend)	
Referenzobjekt:	☐ Bildungseinrichtung (Schule, Schulzentrum, Kita), konkret: _____ ☐ Sporthalle ☐ Mensa ☐ Sonstiges: _____
Maßnahme:	☐ Sanierung (Umbau/Instandsetzung/Modernisierung) ☐ Neubau ☐ Erweiterung ☐ Sonstiges:
Baukosten KG 200-700, netto:	_____ €
Honorarzone i.S.d. § 34 HOAI:	_____

Beauftragte Leistungen gem. Leistungsbild AHO Heft 9	☐ Leistungsstufe 1, Handlungsbereiche: Beginn: Ende: ☐ Leistungsstufe 2, Handlungsbereiche: Beginn: Ende: ☐ Leistungsstufe 3, Handlungsbereiche: Beginn: Ende: ☐ Leistungsstufe 4, Handlungsbereiche: Beginn: Ende: ☐ Leistungsstufe 5, Handlungsbereiche: Beginn: Ende:
<u>Nähere Beschreibung</u> erbrachten Leistungen:	☐ Leistungsstufe 5 ist innerhalb der letzten 3 Jahre (Stichtag: Teilnahmefrist) abgeschlossen worden. ☐ Bauausführung im laufenden Betrieb ☐ Beim Projekt wurden EU-, Bundes- oder Landesmittel eingesetzt

Vordruck 6: Nachunternehmen / Sonstige Dritte

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Zum Nachweis

- ☐ der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und/oder
- ☐ der technischen Leistungsfähigkeit / fachlichen Eignung

beziehen wir uns

- ☐ nicht auch auf die Fähigkeiten und Kapazitäten anderer (auch verbundener) Unternehmen.
- ☐ auch auf die Fähigkeiten und Kapazitäten anderer (auch verbundener) Unternehmen, namentlich der folgenden Nachunternehmen

lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Anschrift	Funktion	geplanter Leistungsbereich
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	

Uns ist bewusst, dass wir mit dem Teilnahmeantrag dem Auftraggeber nachzuweisen haben, dass uns im Auftragsfall die Mittel dieser Unternehmen grundsätzlich zur Verfügung stehen. Hierzu überreichen wir anliegend eine Verpflichtungserklärung des benannten Nachunternehmens / sonstigen Unternehmens.

Inwieweit wir darüber hinaus den Einsatz von Nachunternehmen beabsichtigen, werden wir mit dem Angebot mitteilen.

Ausfüllhinweise

Sofern der vorhandene Platz nicht ausreicht, kann der Vordruck kopiert und mehrfach verwendet werden.

Vordruck 7: Bewerbergemeinschaftserklärung

Hiermit erklären wir, dass wir für das Vergabeverfahren eine Bewerbergemeinschaft gegründet haben.

1. Bewerbergemeinschaftsdaten

Unsere Daten lauten wie folgt:

	BG-Mitglied 1	BG-Mitglied 2
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

	BG-Mitglied 3	BG-Mitglied 4
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

Wir erklären, dass

- das nachfolgend bevollmächtigte Mitglied die Bewerbergemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt (die Bevollmächtigung schließt rechtsgeschäftlich Erklärungen im Vergabeverfahren mit ein),
- wir die Absicht haben, im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft in Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (oder gleichwertig) zusammenzuschließen und wir deshalb gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen im Auftragsfalle haften werden.

Zum rechtsgeschäftlich bevollmächtigten Vertreter der o.g. Bewerbergemeinschaft benennen wir:

.....

Zuständiger Ansprechpartner (bevollmächtigter Vertreter) bei der BG für das gegenständliche Vergabeverfahren

(Vor- und Zuname):

Telefon;/ Faxnummer:

E-Mail-Adresse:

2. Unterschrift aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft:

.....

Ort, Datum

.....

BG-Mitglied 1 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum

.....

BG-Mitglied 2 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum

.....

BG-Mitglied 3 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum

.....

BG-Mitglied 4 (Stempel und Unterschrift)

Vordruck 8: Verfügbarkeitserklärung des Nachunternehmens / sonstigen Dritten

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Verfügbarkeitserklärung

1

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an

(Name des Bewerbers / der Bewerbungsgemeinschaft)

für diese / diesen die nachstehend beschriebenen Leistungen zum Nachweis

- ☐ der finanziellen / wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
- ☐ der technischen / beruflichen Leistungsfähigkeit

zu erbringen.

Beschreibung der Leistungen:

2

Ich erkläre / Wir erklären,

dass mir / uns die technischen, personellen und wirtschaftlichen Mittel zur vertragsgerechten Erbringung der Leistung / Leistungen zur Verfügung stehe(n);

dass ich / wir im Falle, dass wir zum Nachweis der finanziellen / wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit benannt bin / sind, gesamtschuldnerisch mit dem o.g. Bieter / der o.g. Bietergemeinschaft hafte(n);

dass ich / wir im Falle, dass ich / wir zum Nachweis der technischen / beruflichen Leistungsfähigkeit benannt bin / sind, die Leistungen erbringen werde(n), für deren Nachweis wir benannt bin / sind.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Ausfüllhinweise

Der Vordruck ist nur vorzulegen, sofern sich der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft auch auf die Fähigkeiten und Kapazitäten anderer (auch verbundener) Unternehmen beruft (Vordruck 6).

Der Vordruck darf mehrmals eingesetzt und zu diesem Zweck kopiert werden.

Es steht den Unternehmen frei, anstatt dieser Verfügbarkeitserklärung einen gleichwertigen Nachweis über die Verfügbarkeit vorzulegen. In diesem Fall ist von dem Unternehmen zusätzlich eine Erklärung nach Ziffer 2 dieses Vordrucks vorzulegen.